

Diese Arbeitsgruppe hat nun ihrem kürzlich fertiggestellten Bericht unter anderem die Möglichkeiten einer Unterstützung unserer Grenzorgane durch Armeeformationen aufgezeigt und auf die Voraussetzungen hingewiesen, die dabei erfüllt sein müssten.

Die illegalen Grenzübertritte könnten je nach Sachlage zu einer Gefährdung von Ruhe und Ordnung in unserem Land führen. Auch ist darauf hinzuweisen, dass wir keinen wirklich verfolgten Asylsuchenden, der legal in unser Land einreist, in sein Heimatland zurückschicken.

Es ist aus heutiger Sicht deshalb nicht ausgeschlossen, dass wir zur Unterstützung unserer Grenzorgane auf die Mithilfe der Armee angewiesen sein werden. Um sich diese Option offenzuhalten, hat der Bundesrat die rechtlichen Grundlagen in Auftrag gegeben, die für einen solchen Armee-Einsatz erforderlich wären.

Frage 45:

Seiler Hanspeter. Daktyloskopie-Verfahren im Asylbereich

Procédure d'asile. Utilisation des données dactyloscopiques des requérants

Zur Beschleunigung des Asylgesuchsverfahrens – insbesondere bei Mehrfachgesuchen – und zur Erkennung von Asylbewerbern, die sich der behördlichen Kontrolle entziehen, steht seit einiger Zeit ein modernes Daktyloskopie-System zur Verfügung. Der Bundesrat hat ein Postulat von Nationalrat Maximilian Reimann in gleicher Sache, eingereicht am 14. März 1991, zwar angenommen, die zugesicherte Antwort steht aber immer noch aus. Trotz der zur Verfügung stehenden modernen Methode gelingt es scheinbar nicht, die damit angestrebten Ziele auch nur annähernd zu erreichen. Ich frage den Bundesrat deshalb an:

1. Werden alle Asylbewerber mit dieser Methode erfasst?
2. Wie lange dauert eine Abklärung über ein eventuelles Mehrfachgesuch mittels dieser Methode?
3. Wie viele Mehrfachgesuche konnten mit diesem Daktyloskopie-Verfahren aufgedeckt werden?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

1. Seit dem 1. Januar 1988 werden systematisch von allen Asylbewerbern Fingerabdrücke erstellt und mit dem Bestand verglichen.
2. Bis zur Benachrichtigung der Kantone über ein festgestelltes Doppelgesuch vergehen heute durchschnittlich 17 Arbeitstage. Durch weitere Rationalisierungsmassnahmen wird versucht, diese Zeitdauer auf 14 Tage zu verkürzen. Die Pendenzen betragen zurzeit noch etwa 2000 Fälle und werden bis im November vollständig abgebaut sein.
3. 1991 wurden mittels Fingerabdruckvergleich 3153 Doppel- oder Mehrfachgesuche entdeckt. Bei den Neueingängen beträgt die Anzahl bereits bekannter Abdrücke etwa 10 Prozent.

Question 46:

Meizoz. Geschwindigkeitsbegrenzer

Limitateurs de vitesse

La Commission européenne venant de proposer l'installation de limitateurs de vitesse (80 km/h pour les poids lourds et 100 km/h pour les autocars) sur les poids lourds de plus de 12 tonnes ainsi que sur les autocars de plus de huit places et pesant plus de 5 tonnes, le Conseil fédéral est invité à dire ce qu'il pense de l'introduction d'une mesure semblable dans notre pays. N'estime-t-il pas au surplus qu'une adaptation de notre législation aux futures normes européennes marquerait un progrès sur les plans de la sécurité routière et de la consommation d'énergie par rapport à la situation actuelle?

Schriftliche Antwort des Bundesrates

Tatsächlich hat die EG-Kommission Entwürfe für den Einbau und die Benützung von Geschwindigkeitsbegrenzern für bestimmte schwere Motorwagen und Gesellschaftswagen dem Ministerrat vorgelegt. Der Bundesrat teilt die Auffassung der EG-Kommission, dass derartige Vorrichtungen günstige Auswirkungen auf die Umwelt, den Treibstoffverbrauch und die Sicherheit im Strassenverkehr haben. Im Sinne einer europäischen Harmonisierung wird er nach dem rechtsverbindlichen

Beschluss der EG die schweizerischen Bestimmungen entsprechend anpassen. Dabei sollen der Geltungsbereich, das Datum der Inkraftsetzung und allfällige Uebergangsfristen mit der EG vereinheitlicht werden.

90.228

Parlamentarische Initiative (Petitpierre) Parlamentsreform Initiative parlementaire (Petitpierre) Réforme du Parlement

*Différences (A, C-H), 2. Lesung (B)
Divergences (A, C-H), 2e lecture (B)*

Siehe Seite 1178 hiervoor – Voir page 1178 ci-devant
Beschluss des Ständerates vom 19. September 1991
Décision du Conseil des Etats du 19 septembre 1991
Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Biel: Ich erlaube mir, zum Thema Parlamentsreform eine persönliche Erklärung abzugeben. Haben Sie keine Angst: als «lame duck», wie die Amerikaner sagen, äussere ich mich nicht zu den Details – obwohl ich einiges dazu sagen könnte, nachdem ich festgestellt habe: Je kürzer jemand im Parlament war, um so mehr hat er zur Parlamentsreform zu sagen. Das ist nicht der Sinn meiner Intervention. Aber ich möchte Ihnen an einem Beispiel zeigen, was Sie als Parlamentarier erleben können, und ich bitte Sie dann, Ihre Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Die Parlamentsreform sollte ja unsere Arbeit effizienter machen. Ich habe dieses Jahr einiges erlebt, das schlimm ist.

Zuerst zwei Worte zum sachlichen Ablauf: Letztes Jahr und auf März 1991 hat der Bundesrat Butterpreissenkungen verfügt. Früher war es immer so, dass man, wenn man die Butterpreise erhöht hat, gleichzeitig die sogenannten Lenkungsabgaben für Fett und Oel erhöht hat. Zu meinem Beispiel: Ich habe Anfangs März eine dringliche Einfache Anfrage eingereicht, um den Bundesrat zu fragen, ob er nicht geneigt wäre, diese Lenkungsabgabe zu senken, nachdem er die Butterpreise gesenkt hat.

Diese Anfrage war dringlich! Ich habe nicht gehört, dass man die Dringlichkeit abgelehnt hätte. Ich konnte mich also beim Büro nicht einsetzen, konnte nicht rekurrieren, damit das Büro entscheidet – ich erfuhr nichts. Ich habe angenommen, die Antwort erfolge Ende Session, aber es kam nichts. Ich habe mich in der Junisession beim Nationalratspräsidenten erkundigt – er wusste nichts. Ich bin zum zuständigen Bundesrat gegangen, zum Vorsteher des EVD, er hat es notiert; ich bin zur Verwaltung gegangen. Die Wochen gingen ins Land – es geschah nichts, ich bekam keine Antwort.

Ich musste mich dann im Juli schriftlich – es hat sehr viel Aufwand gekostet, wie immer, wir wollen ja effizient arbeiten! – an den Nationalratspräsidenten und an den Bundespräsidenten wenden, mit der Frage, wann man mir endlich eine Antwort zu geben gedenkt. Sie wundern sich, nach fünf Monaten kam eine Antwort per Fax – so modern ist man im Bundesrat –; über die Qualität der Antwort möchte ich mich nicht lange aufhalten. Dass man mir nach so viel Zeit eine derart miserable Antwort gibt, die zudem nachweisbar falsch ist, das lasse ich auf sich beruhen – nicht aber, dass ich mich so einsetzen musste, um eine Antwort zu bekommen!

Wenn Sie Ihre Arbeit effizient machen wollen, lassen Sie sich das von der Verwaltung, vom Bundesrat nicht bieten! Ich halte das für einen ausgesprochenen Skandal einem Parlama-

rier gegenüber, und ich sage das – nach 24 Jahren Zugehörigkeit zum Nationalrat – beim Geschäft Parlamentsrevision: Ich lasse mir so etwas nicht bieten, deshalb habe ich hier die Möglichkeit ergriffen, eine persönliche Erklärung zur Parlamentsreform abzugeben.

Ich brauche keine Assistenten usw., ich brauche nur eine anständige, reglementarisch saubere Behandlung seitens des Bundesrates, und schon könnte ich meine Aufgabe erfüllen. Denken Sie daran, kämpfen Sie zu allererst dafür, dass man Sie und Ihre Rechte respektiert!

Präsident: Ich nehme an, der neue Bundeskanzler hat davon Kenntnis genommen.

Hubacher, Berichterstatter: Es ist gut, dass wir kein Reglement haben, das die persönliche Erklärung definiert. Es gibt da sehr unterschiedliche Masse.

Die Kommission hat die Differenzen mit dem Ständerat am letzten Donnerstag behandelt. Wir sind in sehr vielen Punkten der Meinung, wir sollten dem Ständerat zustimmen. Wir halten eigentlich nur in drei Positionen an unseren Beschlüssen fest: Differenzbereinungsverfahren, Amtsdauer für Mitglieder im Europarat und die 40 000 Franken für die persönliche Mitarbeiterin oder den persönlichen Mitarbeiter.

Bei dieser Gelegenheit: Wir werden nur dort das Wort verlangen, wo es Differenzen gibt, sonst werden wir die Zustimmung nicht mehr einzeln begründen. Wir dürfen auch festhalten, dass mit Ausnahme dieser Differenzen der Ständerat in wesentlichen Fragen doch die gleiche Auffassung hat, die gleichen Beschlüsse gefasst hat, wie wir sie hier zur Vorlage Parlamentsreform beschlossen haben.

M. Cevey, rapporteur: La commission a examiné les divergences résultant de la décision du Conseil des Etats, prise le 19 septembre. Parsouci de conciliation, etsurtout désireuse de voir cet objet aboutir à des déterminations définitives cette législature encore, la commission vous proposera de vous rallier à la plupart des modifications décidées par le Conseil des Etats.

En revanche, sur trois points qui nous paraissent importants, nous vous demandons de maintenir la détermination arrêtée par notre conseil lors de la dernière législature. Nous souhaitons – j'insiste là-dessus – que cet objet puisse être liquidé durant cette session; il nous paraît parfaitement incongru qu'un Parlement nouveau pour un bon tiers de ses membres doive se plonger dans cette matière qui est d'abord affaire d'expérience.

A. Bundesgesetz über den Geschäftsverkehr der Bundesversammlung sowie über die Form, die Bekanntmachung und das Inkrafttreten ihrer Erlasse (Geschäftsverkehrsgesetz)

A. Loi fédérale sur la procédure de l'Assemblée fédérale, ainsi que sur la forme, la publication et l'entrée en vigueur des actes législatifs

(Loi sur les rapports entre les conseils)

Art. 8ter Abs. 4, 7; Art. 8quinquies Abs. 6; Art. 8sexies Abs. 3, 3bis, 3ter; Art. 8novies Abs. 1 Bst. b, Abs. 6; Art. 9 Abs. 2, 3; Art. 10

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 8ter al. 4, 7; art. 8quinquies al. 6; art. 8sexies al. 3, 3bis, 3ter; art. 8novies al. 1 let. b, al. 6; art. 9 al. 2, 3; art. 10

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 16, 17

Antrag der Kommission

Festhalten

Proposition de la commission

Maintenir

Hubacher, Berichterstatter: Ihre Kommission schlägt einmütig vor, an unseren Beschlüssen festzuhalten, wonach das Differenzbereinungsverfahren neu zu regeln und zu straffen ist. Der Ständerat hat hier mehrheitlich beschlossen, es beim bisherigen Zustand zu belassen.

In der Kommission sind wir der Meinung, es handle sich hier um ein Kernstück unserer Revision, einen Versuch, die Differenzbereinigung zügiger zu gestalten; bewiesen sei nämlich, dass das bisherige System nicht befriedigt habe. Dieses lange Hin und Her hat zu viel Kritik Anlass gegeben. Wir glauben auch, dass im Ständerat, gestützt auf verschiedene Voten, ein Missverständnis geherrscht haben könnte.

In Artikel 16 Absatz 1 bis haben wir beschlossen: «Die Behandlung der Differenzen findet in der Regel in derselben Session statt, zuerst im Rat, dem die Erstbehandlung zustand.» Diese Formulierung dürfte insofern missverständlich ausgelegt worden sein, als die Meinung aufkam, Differenzen müssten unmittelbar – nehmen wir das Beispiel Neat – in der gleichen Session, in der sie entstanden sind, auch beraten werden. Befürchtungen sind aufgetaucht und begründet worden, wonach das zeitlich nicht immer möglich wäre.

Unser Beschluss bedeutet aber nicht – um beim Beispiel Neat zu bleiben –, dass die Räte die Differenzen in der gleichen Session behandeln müssten, in der sie entstanden sind. Gedacht ist vielmehr, dass beide Räte die Differenzen in zweiter Runde in derselben Session bereinigen, aber es kann die nächste oder übernächste Session sein – im Fall Neat Winter oder Frühling.

Wir meinen, dass unser Beschluss einen Versuch wert ist und dass wir der Kritik in der Öffentlichkeit sowie in den Medien Rechnung tragen sollten. Es hiess nämlich immer wieder, wir würden zu lange Zeit beanspruchen, um Differenzen zu bereinigen.

Ihre Kommission beantragt Ihnen deshalb, an unserem Beschluss festzuhalten.

M. Cevey, rapporteur: Il faut laisser le temps au temps, comme aime à le dire le président d'une république voisine et néanmoins amie. Mais pourtant, nous savons qu'une bonne partie des critiques fréquemment adressées à nos institutions, à notre système politique, à notre Parlement en particulier, porte sur la longueur, la lenteur des procédures. C'est réellement par souci de raccourcir la procédure au stade de l'élimination des divergences que nous vous avons proposé un nouveau système, qui a reçu d'ailleurs votre agrément. Je vous rappelle donc que nous souhaitons que l'élimination des divergences ait lieu pendant la même session. Prudemment, vous avez ajouté «en principe» pour laisser en quelque sorte une soupape de sécurité dans des cas un peu difficiles. En revanche, la volonté du Conseil des Etats de s'en tenir pour l'essentiel au droit actuellement en vigueur nous paraît aller à l'encontre de cette préoccupation d'accélérer les débats. Nous insistons cependant sur le fait que raccourcir la procédure ne signifie en aucun cas privilégier l'une des deux Chambres de notre Parlement au détriment de l'autre; nous voulons maintenir la balance égale entre ces deux Chambres et c'est pour cette raison que nous souhaitons que vous acceptiez de maintenir la version adoptée lors de notre précédente session.

Angenommen – Adopté

Art. 47bis a Abs. 5, 7

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 47bis a al. 5, 7

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

B. Geschäftsreglement des Nationalrates B. Règlement du Conseil national

Ordnungsantrag Fischer-Hägglingsen

Die zweite Lesung des Geschäftsreglementes des Nationalrates ist auszusetzen, bis der Bericht des Büros des Nationalrates über die Auswirkungen des Systems der ständigen Kommissionen auf die Jahresplanung und die Einsitznahme der Ratsmitglieder in die einzelnen Kommissionen vorliegt.

Motion d'ordre Fischer-Hägglingsen

Surseoir à la 2e lecture du Règlement du Conseil national jusqu'à la présentation du rapport que le Bureau du Conseil national a été appelé à élaborer concernant les effets du système des commissions permanentes sur la planification annuelle et l'accès des députés aux diverses commissions.

Fischer-Hägglingsen: Die wesentlichste Neuerung in diesem Beschluss ist der Uebergang zum System der ständigen Kommissionen. Diese Neuerung war in unserem Rat sehr umstritten. Wir von unserer Seite haben in der Kommission und hier im Parlament einen Antrag gestellt, beim bisherigen System zu bleiben. Die Abstimmung in diesem Saal ist deutlich ausgefallen, und ich hatte eigentlich nicht die Absicht, im Rahmen der Detailberatung dieses Reglementes auf diese Bestimmung zurückzukommen.

Ich habe nun aber gegen Ende letzter Woche vernommen, dass das Büro mit dieser Bestimmung grösste Mühe hat. Das Büro hat eine Jahresplanung ausgearbeitet und die Auswirkungen dieses Systemwechsels abgeklärt. Dabei ist für mich etwas herausgekommen, das mich sehr nachdenklich stimmt.

Es ist sicher nicht der Wille unserer Kommission und dieses Rates gewesen, dass in Zukunft die freie Wahl der Kommissionen nicht mehr gewährleistet ist, und zwar weil die Kombination gewisser Kommissionen miteinander nicht mehr möglich ist. Ich nenne jetzt ein Beispiel: Wenn Sie Mitglied der «Ausserpolitischen Kommission» sind, können Sie nicht gleichzeitig Mitglied der «Sicherheitspolitischen Kommission» sein, weil beide Kommissionen ihre Sitzungen am gleichen Tag abhalten. Das ist eine Eingrenzung und Einschränkung, die wir nicht akzeptieren können. In Zukunft würde der Kalender entscheiden, in welchen Kommissionen wir Einsitz nehmen können. Jedes einzelne Mitglied sollte jedoch frei bestimmen können und dort Einsitz nehmen, wo es das grösste Interesse hat. Es ist auch von der Arbeit her nicht gewünscht, wenn wir in eine Kommission gehen müssen, in die wir eigentlich nicht gehen möchten. Andererseits können wir nicht in einer anderen Kommission mitarbeiten, weil diese mit der anderen nicht kompatibel ist.

Dieses Problem sollten das Büro und unsere Kommission noch einmal eingehend diskutieren. Wir hatten in der Kommission die Meinung, dass jedes Mitglied in zwei Kommissionen mitarbeiten kann. Wir waren davon überzeugt, dass man nur in einer der Kommissionen, die Kontrollfunktionen hat, zum Beispiel Finanzkommission und Geschäftsprüfungskommission, arbeiten können soll. Aber überall dort, wo es um Legislativaufgaben geht, sollte die Kombinierbarkeit möglich sein.

Ich möchte, dass wir in Kenntnis aller Tatsachen über diese Bestimmung entscheiden, darum habe ich den Ordnungsantrag gestellt, und ich wünsche, dass das Büro jedem von uns eine Unterlage zustellt, in der die Jahresplanung enthalten ist und aus der man entnehmen kann, welche Kombinationen in Zukunft nicht mehr möglich sind. Wenn wir diese Unterlagen haben, können wir über dieses Reglement mit ruhigem Gewissen entscheiden, weil wir dann alle Tatsachen kennen.

Es gibt auch keine Verzögerung, weil dieses Reglement nicht an den Ständerat zurück muss, und wir könnten es in der dritten Woche noch bereinigen. Wir würden zeitlich nichts verlieren, wir hätten saubere Grundlagen und könnten in der Kommission darüber diskutieren.

Ich habe das alles auf dem Latrinenweg erfahren, aber es soll so sein, wie ich es Ihnen erklärt habe. Darum sollten wir im Interesse der Arbeit unseres Rates – und zwar im Hinblick auf

Qualität wie auf Funktionsfähigkeit – diese Unterlagen haben, bevor wir ein System wählen, das uns für die Zukunft solche Schwierigkeiten schaffen wird.

Ich bitte Sie, diesem Ordnungsantrag zuzustimmen.

Hubacher, Berichterstatter: Der Antrag von Herrn Fischer-Hägglingsen ist der Kommission nicht unterbreitet worden. Ich kann daher nicht im Namen der Kommission sprechen, was ich bedaure.

Aufgrund von verschiedenen Gesprächen kann ich darauf folgendes antworten: Herr Fischer hat gesagt: «Ich habe das alles auf dem Latrinenweg erfahren.» Es schiene mir etwas gefährlich zu sein, wenn dem so wäre. Wir haben einen Beschluss gefasst, meine Damen und Herren, unsere Arbeit mit ständigen Kommissionen zu systematisieren. Der Ständerat ist hier gleicher Meinung. Es wäre jetzt etwas peinlich, wenn wir vor diesem eigenen Beschluss schon Angst bekämen und schon wieder zurückbuchstabieren müssten.

Herr Fischer, ich glaube, Ihre Befürchtungen sind unbegründet. Es gibt ein erstes Papier für das Büro – Kommissionssitzungsplan 1992. Da werden Vorschläge in verschiedensten Varianten – rot, gelb, grün, blau – vorgelegt. Es gibt natürlich einige Probleme bei diesem Systemwechsel, aber das Büro hat – soweit wir orientiert sind – keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Es wurde auch schon ein gewisser Rahmen zur Diskussion gestellt, beispielsweise wann die Sitzungen der ständigen Kommissionen stattfinden sollen. Da wird – weil es vielfach zweitägige Sitzungen sind – vorgeschlagen: Montag/Dienstag oder Donnerstag/Freitag, am Mittwoch nie. Das ist aus Rücksicht auf den Bundesrat zu erklären. Jedermann von uns weiss: der Mittwoch ist zwischen den Sessionen ein sitzungsfreier Tag.

Ich möchte Sie bitten, nicht bei den ersten möglichen Problemen die Nerven zu verlieren. Ueberlassen wir diese Arbeit dem Büro, das bereits tätig ist, das zu Sitzungen eingeladen hat, das bereits Vorschläge auf dem Pult liegen hat. Lassen wir das Büro arbeiten. Wir sind überzeugt, dass der Probelauf 1992 da und dort noch Kinderkrankheiten aufzeigen wird, aber nicht unmöglich ist.

Ich bitte Sie, den Antrag Fischer-Hägglingsen abzulehnen, damit das Büro auch die Rechtsgrundlage, nämlich unser Reglement, für seine Vorbereitungen hat.

M. Cevy, rapporteur: Nous n'avons pas pu discuter en séance de commission de la proposition de M. Fischer-Hägglingsen, pour la simple raison qu'il ne l'a pas formulée. Nous ne devrions donc pas pouvoir exprimer formellement l'avis de la commission à ce propos. Cependant, cette proposition est si contraire à l'état d'esprit qui a régné au sein de notre commission, que nous pouvons, M. le président de la Commission et moi-même, combattre la proposition de M. Fischer.

Il faut tout de même vous souvenir que notre commission, qui avait un travail important en volume et en qualité à assumer, a entrepris sa tâche l'automne dernier, avec la volonté de mettre un point final à l'examen et à l'élaboration de ce premier train de mesures, cette législature encore. Et, partant des initiatives de MM. Petitpierre et Rhinow, nous avons – cela a été très largement reconnu – atteint des objectifs importants.

Une commission formée partiellement de nouveaux membres devrait sans doute se remettre à l'ouvrage, si d'aventure nous entrions dans la procédure que j'ose qualifier de dilatoire, proposée par M. Fischer. Que de temps perdu alors, que d'expériences accumulées devenues soudain inutiles! Certes, M. Fischer estime que nous pouvons, dans la troisième semaine, si le rapport établi par le secrétariat à l'intention des Bureaux des Chambres est distribué, examiner ce rapport avec les différentes variantes. Il y en a cinq ou six, de toutes les couleurs de l'arc-en-ciel, qui sont proposées au Bureau par le secrétariat. Mais vous vous rendez bien compte que, si nous entrons dans cette discussion de détail, de procédure étroite, de cas de figures qui nous sont proposés, nous aurons un débat-fleuve, chacun voulant faire valoir son confort et ses préoccupations personnelles. Nous devons éviter cela, les Bureaux de ce conseil sont capables d'en juger et nous pouvons leur faire confiance. Par ailleurs, je vous rappelle que le Conseil des

Etats a admis les innovations importantes que nous avons proposées et que vous avez acceptées en première lecture, en ce qui concerne l'introduction du système des commissions permanentes. Il serait vraiment regrettable que, maintenant, nous nous engagions dans une procédure qui risquerait de jeter beaucoup de flou sur cette partie importante de nos travaux et de nous empêcher, en définitive, de statuer en bonne connaissance de cause, forts de notre expérience d'une, voire de nombreuses législatures. Je vous propose donc de repousser la motion d'ordre de M. Fischer-Hägglingsen.

Fischer-Hägglingsen: Die Frage ist heute nicht schlüssig beantwortet worden, ob es richtig sei, dass in Zukunft am gleichen Tag zwei Kommissionen tagen können und in diesen Kommissionen die Mitgliedschaft nicht kombinierbar sein kann. Ich hätte gerne die Antwort des Büros dazu, ob es so ist, dass es immer zwei Paare von Kommissionen gibt, die in Zukunft tagen werden. Wenn das der Fall ist, so ist das freie Entscheidungsrecht für die Einsitznahme der Mitglieder der Kommissionen nicht mehr gegeben.

Ich möchte eine Antwort, damit Sie genau wissen, worüber Sie abstimmen, und sich nicht in einem oder zwei Jahren die Haare raufen. Wenn mir diese Antwort heute gegeben werden kann, kann man abstimmen. Es wäre für das Reglement besser, wenn wir diesen Punkt aussetzen würden und Ihnen in den nächsten Wochen klare Antwort auf diese Frage geben könnten. Ich wäre froh, wenn man mir dieses mitteilen könnte.

Nussbaumer: Das Büro hat von der Verwaltung einen ersten Vorschlag erhalten, wie diese Sitzungen der ständigen Kommissionen eingeteilt werden könnten. Das ist eine Diskussionsgrundlage, die Ihnen nach Beschluss des Büros noch in dieser Session zur Vernehmlassung unterbreitet wird. Gestützt auf diese Vernehmlassungen kann das Büro versuchen, noch bessere Lösungen zu finden als diejenigen der Verwaltung. Es ist tatsächlich nach diesem Beschluss nicht möglich, Herr Fischer, eine Lösung zu finden, die ohne weiteres jedem jeden Einsitz in jede Kommission ermöglicht. Es sind also immer zwei Paare, beispielsweise die Finanzkommission und die Geschäftsprüfungskommission, die miteinander tagen. Wenn man zurückschaut, stellt man fest, dass sehr wenige Mitglieder sowohl in der Geschäftsprüfungskommission als auch in der Finanzkommission Einsitz haben, aber wir haben neu auch noch das Stellvertreterprinzip, das heisst, jeder wird in einer, eventuell in zwei ständigen Kommissionen sein, muss dann Kommissionen wählen, die nicht terminlich gekoppelt sind, und er wird nachher noch Stellvertreter in einer dritten Kommission; anders lässt sich das gar nicht lösen, es sei denn, wir könnten den Mittwoch als Sitzungstag belegen. Aber Sie, Herr Fischer, bekommen das in die Vernehmlassung, und das Büro wird versuchen, Ihnen die bestmögliche Lösung vorzuschlagen.

Hubacher, Berichterstatter: Herr Fischer, Sie haben die klare Frage gestellt, ob zwei Kommissionenpaare gleichzeitig tagen. Herr Nussbaumer hat jetzt erklärt, das sei ein Diskussionsvorschlag. Aber das ist doch kein Grund, auf fast versteckte Art wieder vom Beschluss zugunsten ständiger Kommissionen abrücken zu wollen. Man sollte nicht jetzt schon die Schwierigkeiten vorwegnehmen, die weisse Flagge zeigen und behaupten, es sei nicht machbar. Es bestehen auch unter dem heutigen System, mit den vielen Ad-hoc-Kommissionen Vor- und Nachteile, und zwar gravierende, und es wird auch beim neuen System gewisse Probleme geben, von denen wir jetzt vielleicht noch gar nichts ahnen. Aber wir werden versuchen – Herr Nussbaumer hat es Ihnen erklärt –, alle in die Vernehmlassung einzubeziehen.

Man kann nicht ständig an beiden Orten sein – das ist richtig, was Sie sagen –, aber das können Sie auch mit einem anderen System nicht lösen. Wir sollten uns nicht zu lange mit eventuell möglichen Schwierigkeiten befassen, sondern wir müssten jetzt auf das Reglement in zweiter Lesung eintreten können, wie Sie uns beauftragt haben.

Ich bitte Sie in diesem Sinne, den Antrag Fischer-Hägglingsen abzulehnen.

M. Cevey, rapporteur: Nous admettons tous que de toute manière l'organisation des travaux parlementaires est devenue plus difficile, plus compliquée. Elle le sera quel que soit le système que nous choisirons. Il nous est apparu cependant que le système de la généralisation des commissions permanentes, sans – je vous le rappelle – que cela empêche le Bureau de désigner des commissions ad hoc dans des cas particuliers, pouvait éviter le maximum d'inconvénients.

Il faut souligner aussi que nous n'avons pas voulu tomber dans une spécialisation à outrance. Dès lors, il est normal et, à mon avis, opportun que deux commissions appelées à traiter d'un domaine semblable – prenons, par exemple l'Europe avec la Commission des affaires économiques et la Commission des affaires étrangères dans sa forme actuelle – siègent à un moment suffisamment bien choisi pour qu'elles puissent éventuellement entendre une seule fois des experts, assister à des «hearings» en commun. Voilà l'une des situations dans lesquelles il serait opportun que nous provoquions en quelque sorte la simultanéité des travaux de deux commissions. Pour le reste, je l'ai dit tout à l'heure, le problème est si difficile qu'il ne peut pas faire l'objet d'une discussion en plénum. C'est l'affaire de spécialistes, d'un «gremium» restreint comme les Bureaux. Et notre Bureau actuel ne peut prendre aucun engagement, parce qu'il ne sera pas le même demain. Le président change chaque année et une partie des membres du Bureau doit aussi changer. Les arguments invoqués par M. Fischer-Hägglingsen à l'appui de sa proposition ne sont pas pertinents et ne doivent pas nous empêcher d'entrer en matière. Je vous demande de rejeter sa motion d'ordre.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag

Fischer-Hägglingsen

29 Stimmen

Dagegen

offensichtliche Mehrheit

Art. 7 Abs. 3, 3bis; Art. 13 Abs. 5; Art. 15 Abs. 2 Bst. c

Antrag der Kommission

Festhalten am Beschluss vom 19. Juni 1991

Art. 7 al. 3, 3bis; art. 13 al. 5; art. 15 al. 2 let. c

Proposition de la commission

Maintenir la décision du 19 juin 1991

Angenommen – Adopté

Art. 15a Abs. 1 (neu)

Antrag Fischer-Hägglingsen

Das Büro kann zur Vorberatung von Vorlagen von erheblicher Tragweite die ständigen Kommissionen erweitern oder Spezialkommissionen bestellen. In solche nichtständige Kommissionen wird eine angemessene Zahl von Mitgliedern der ständigen Kommissionen berufen, deren Sachgebiet berührt wird. Das Büro hört den Präsidenten der entsprechenden ständigen Kommission an.

Art. 15a al. 1 (nouveau)

Proposition Fischer-Hägglingsen

Pour l'examen de projets ayant une portée notoire, le Bureau peut élargir les commissions permanentes ou constituer des commissions spéciales. On appellera à siéger dans ces commissions non permanentes un nombre adéquat de membres des commissions permanentes opérant dans les domaines touchés. Le Bureau entendra au préalable le président de la commission permanente concernée.

Fischer-Hägglingsen: Ich bin vermutlich auf verlorenem Posten, aber für die Zukunft möchte ich meinen Antrag heute gleichwohl noch einmal aufnehmen. Ich wollte, dass Sie mit meinem Ordnungsantrag in Kenntnis aller Unterlagen frei entscheiden können. Sie haben das abgelehnt, darum stelle ich nun den Antrag auf Beibehaltung des bisherigen Systems.

In der Junisession habe ich versucht, Ihnen darzulegen, warum das bisherige System besser als das vorgeschlagene ist. Ich möchte meine Argumente nicht mehr wiederholen. Diese Argumente haben aber nun noch mehr Gewicht, nach-

dem bekannt ist, dass die freie Wahl der Kommission stark eingeschränkt wird. Das Spezialwissen vieler Parlamentarier kann somit in Zukunft nicht mehr in die Kommissionen einfließen. Viele Ratsmitglieder müssen mit der Einsitznahme in Kommissionen vorliebnehmen, für deren Sachbereich sie kein besonderes Interesse haben.

Die Fraktionen können ihre Mitglieder nicht mehr optimal einsetzen, politische Gewichtung der Kommissionsarbeit ist ausgeschlossen, massgebend ist der Kalender und nicht der Sachverstand. Ein breites politisches Wissen ist ebenfalls nicht mehr gefragt, sondern der Spezialist, der sich kaum in andere Bereiche vertiefen kann.

Ich möchte Sie bitten, das alles noch einmal zu überdenken und dem Antrag zuzustimmen, dass wir weiterhin mit Ad-hoc-Kommissionen arbeiten.

Hubacher, Berichterstatter: Auch dieser Antrag ist der Kommission von ihrem Mitglied, Herrn Fischer-Hägglingsen, nicht vorgelegt worden. Eigentlich unternimmt er so über das Hintertürchen den Versuch, doch wieder das Ad-hoc-Kommissionensystem teilweise einzuführen. Was heisst: Geschäfte von erheblicher Bedeutung? Wir sind ja von solch grosser Bedeutung in diesem Saale, dass wir nur erhebliche Geschäfte behandeln, stelle ich mir vor. Von daher meine ich, wir haben ganz klar Artikel 15a beschlossen: «In Ausnahmefällen kann das Büro eine Spezialkommission bestellen. Es hört den Präsidenten der zuständigen Kommissionen vorher an.» «In Ausnahmefällen» – damit wird doch schon eine oder zwei Klassen höher eingestuft als mit «Geschäfte von erheblicher Bedeutung».

Ich möchte Sie bitten, den Antrag Fischer-Hägglingsen abzulehnen und bei unserem Beschluss zu bleiben.

M. Cevey, rapporteur: Il est à nouveau regrettable que M. Fischer-Hägglingsen n'ait pu présenter sa proposition en séance de commission. C'est donc en notre nom que M. Hubacher et moi-même donnons notre avis sur celle-ci. Mais compte tenu de l'état d'esprit régnant dans notre commission et surtout de la volonté qui s'est manifestée d'innover dans le domaine des commissions par l'introduction d'un système quasi général de commissions permanentes, nous croyons pouvoir combattre la proposition de M. Fischer-Hägglingsen.

Dans la version adoptée il y a quelques mois par notre Chambre, nous parlons de «cas exceptionnels», «in Ausnahmefällen». M. Fischer-Hägglingsen souhaiterait élargir cette notion en parlant de «l'examen de projets ayant une portée notoire» – en l'occurrence, «notoire» ne signifie pas grand-chose en français, et il faudrait le remplacer par «importante» ou un autre vocable. De toute façon, il y a là un danger de contourner la décision de principe qui nous a fait adopter le système des commissions permanentes pour réintroduire, par la bande, le système des commissions ad hoc. J'insiste sur le fait qu'elles ne sont pas prohibées et que le Bureau pourra toujours décider d'en constituer, mais dans des cas exceptionnels.

Pour toutes ces raisons et compte tenu du principe admis par notre Parlement en ce qui concerne l'introduction des commissions permanentes, je vous demande de repousser la proposition de M. Fischer-Hägglingsen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Fischer-Hägglingsen

21 Stimmen

Dagegen

84 Stimmen

Art. 15c

Antrag der Kommission

Festhalten am Beschluss vom 19. Juni 1991

Proposition de la Commission

Maintenir la décision du 19 juin 1991

Angenommen – Adopté

Art. 18

Antrag der Kommission

Festhalten am Beschluss vom 19. Juni 1991

Antrag Leuba

Abs. 1

Die Mitgliedschaft in einer ständigen Kommission ist auf sechs Jahre beschränkt.

Abs. 1bis (neu)

Das Büro kann das Mandat eines Mitgliedes einer ständigen Kommission im Einvernehmen mit dessen Fraktion aus wichtigen Gründen verlängern, insbesondere wenn das Kommissionsmitglied einer Delegation in einem internationalen Gremium angehört.

Art. 18

Proposition de la commission

Maintenir la décision du 19 juin 1991

Proposition Leuba

Al. 1

La durée du mandat de membre d'une commission permanente est limitée à six ans.

Al. 1bis (nouveau)

Pour des raisons importantes, notamment s'il est membre d'une délégation dans une instance internationale, un membre d'une commission permanente peut voir son mandat prolongé par le Bureau, d'entente avec le groupe dont il fait partie.

M. Leuba: L'amendement que j'ai l'honneur de vous proposer consiste à ramener à six ans la durée maximum du mandat d'un parlementaire, membre d'une commission permanente. J'avais déjà présenté cette proposition au mois de juin et on m'avait objecté – je l'ai admis – que cela créerait des difficultés pour les parlementaires membres de délégations suisses, notamment dans les institutions internationales. Je crois que cette objection est effectivement justifiée. D'ailleurs, c'est pratiquement la seule sur le fond – j'ai relu le procès-verbal de notre session de juin – qui ait été formulée. Dès lors, j'ai pensé bien faire en reprenant le libellé de notre règlement actuel qui permet, dans des cas exceptionnels, de prolonger le mandat des membres de certaines commissions lorsqu'il y a des raisons impératives pour le faire et j'ai ajouté: «notamment lorsqu'il s'agit de représentants dans des délégations auprès d'instances internationales».

A vrai dire, dans les coulisses, on m'a présenté une deuxième objection. On m'a dit: «Bien sûr, tu as raison, il ne faut pas que des parlementaires s'incrustent dans certaines commissions, mais chaque groupe a la possibilité de les révoquer». Je n'y crois pas, au moins pour deux raisons. D'abord il y a l'amitié, le respect que l'on porte à un parlementaire plus ancien, plus âgé et le fait qu'on ne veut pas bousculer un parlementaire qui applique le principe «j'y suis, j'y reste». Il y a aussi la crainte de déplaire à un parlementaire qui, parce qu'il a plus d'expérience, qu'il est plus âgé, souhaiterait véritablement rester constamment dans la même commission. Ou alors, il faudra engager des manoeuvres. Or, de telles pratiques à l'égard des parlementaires de son propre groupe ne sont jamais très agréables, ni très reluisantes. Ces manoeuvres laissent généralement des traces. Je souhaiterais nous les éviter, ainsi que les ressentiments qui en découlent.

En ne limitant pas la durée des mandats dans les commissions permanentes, on risque de créer deux types de parlementaires: ceux qui se seront fait un trou dans leur fromage et pourront ainsi rester pendant dix ans, quinze ans dans la même commission et ceux qui seront derrière la porte, qui seront en fait des parlementaires de seconde cuvée et qui attendront de pouvoir entrer dans ces commissions. La règle objective que je vous propose de fixer – et qui limite à six ans les mandats – telle que nous la connaissons aujourd'hui, me paraît éviter des difficultés. La durée indéterminée des mandats dans les commissions permanentes n'a rien à voir avec le sens de la réforme de notre Parlement.

On a voulu, mes chers collègues, une meilleure spécialisation des parlementaires. Nous sommes d'accord sur ce point et je crois qu'il est normal qu'un parlementaire puisse, pendant un certain nombre d'années, suivre des dossiers et la gestion d'un département. Mais si ce dernier n'est pas capable d'exécuter son travail en six ans, je crains qu'après douze ou quinze

En règle générale, ce n'est pas le président de la commission qui fait rapport. Exceptionnellement, en cas de divergence générale, la commission peut désigner un rapporteur de minorité.

Al. 2, 3
Inchangé

Proposition Cavadini

Al. 1 deuxième phrase

Maintenir la décision du 19 juin 1991

Cavadini: Zuerst eine Präzisierung: Mein Antrag betrifft nur den zweiten Satz dieses Artikels. Ich bin einverstanden mit dem ersten Satz, nämlich damit, dass die Kommission dem Rat schriftlich oder mündlich über ihre Verhandlungen und Aufträge berichtet.

Seconda frase – mi esprimerò in italiano: «La commissione prevede un relatore e lascia la facoltà di designare semmai un relatore di un'altra lingua.»

Nella decisione di giugno invece si parlava esplicitamente di due relatori, uno in tedesco ed uno o in francese o in italiano. Io ho l'impressione che questa nuova proposta della commissione e del Consiglio nazionale significhi una perdita della presenza delle lingue minoritarie, del francese e dell'italiano, perché sarà inevitabile che la maggioranza dei relatori saranno di lingua tedesca.

Ora ritengo che per una migliore comprensione dei testi e delle proposte delle commissioni sia opportuno avere due relatori, anche uno di minoranza, perché non ho poi l'impressione che la conoscenza delle altre lingue sia così buona come spesso si ha l'impressione che sia.

Inoltre vorrei ancora far notare che, pur avendo i due relatori, è sicuramente possibile, tra i due relatori, di suddividersi il lavoro in modo tale da evitare che uno dei due relatori traduca semplicemente quanto detto dall'altro. I due relatori possono accordarsi e suddividersi il compito e quindi, anche dal profilo della razionalizzazione dei lavori di questo Parlamento, non dovrebbe esserci una perdita di tempo.

Per cui – in conclusione – vi propongo di lasciar immutata la prima frase, ma di sostituire la seconda parte di questo articolo con la formulazione che avevamo già deciso in giugno.

Mit anderen Worten: Der erste Satz sollte derjenige der Kommission sein. Der zweite Satz sollte der Satz vom Juni sein, nämlich: «Die Kommission bestimmt je einen Berichterstatter deutscher und französischer Sprache»

M. Ducret: M. Cavadini vient de faire la démonstration que, pour convaincre, il faut s'exprimer en allemand!

Cela étant, la proposition de M. Cavadini omet le fait que la commission du Conseil national a modifié assez sensiblement le texte qu'elle avait retenu en première lecture et qui avait été adopté par le Conseil national. Il y était indiqué que la commission rapporte au conseil, en règle générale, par écrit sur ses travaux et ses propositions. Or, il doit être tenu compte du fait que la commission propose aujourd'hui de revenir à la formule actuelle qui stipule: «La commission rapporte au conseil par écrit ou oralement sur ses travaux et ses propositions.»

Dans ces conditions, il n'est pas nécessaire, à notre avis, de prévoir que la commission désigne dans tous les cas un rapporteur de langue allemande et un rapporteur de langue française ou italienne. J'observe à ce propos que, selon la proposition Cavadini, lorsque la commission désignera un rapporteur de langue italienne, il n'y aura pas de rapporteur de langue française, ce qui me paraît tout à fait discutable. Selon le projet de la commission, et si l'on revient au principe que l'on rapporte par écrit ou oralement, lorsqu'il y a rapport oral, il est possible de prévoir plusieurs rapporteurs, et pourquoi pas trois, un de langue allemande, un de langue française et un de langue italienne?

M. Cavadini émet quelques craintes à ce sujet. Il croit que la majorité alémanique pourrait imposer un seul rapporteur aux minorités latines. Sa crainte ne me semble pas justifiée. C'est pourquoi le groupe PDC vous invite à soutenir la proposition de la commission.

Hubacher, Berichterstatter: Ich habe Sie, Herr Cavadini, richtig verstanden. Sie sind mit dem ersten Satz der Kommission einverstanden. Ich glaube, damit ist schon eine wichtige Differenz eliminiert, die ja auch hätte bestehen können.

Die Kommission – Sie haben es gesehen – hat nochmals unseren Beschluss diskutiert. Wir hatten ja eigentlich beschlossen, dass über alles aus den Kommissionen schriftlich berichtet wird. Da haben wir tatsächlich plötzlich Angst vor der eigenen Courage bekommen. Wir leiden ja alle nicht an Mangel an Papier, an Akten und Dossiers. Da ist die Kommission der Ansicht, besonders wenn es komplizierte Berichte seien, wäre es wahrscheinlich doch nicht sehr gut, wenn alles geschrieben und dann noch übersetzt werden müsste. Da ist die Berichterstattung hier im Ratssaal in zwei Sprachen wahrscheinlich besser, effizienter und auch unmittelbarer. Damit ist Herr Cavadini einverstanden.

Verstehe ich Ihre zweite Frage richtig, Herr Cavadini? Sie sind mit der Kommission nicht einverstanden, wo es um die mündliche Berichterstattung geht. Da haben wir geschrieben: «... kann weitere, anderssprachige Berichterstatter bestimmen.» Und Sie beharren auf unserem Beschluss vom 19. Juni 1991: «Die Kommission bestimmt je einen Berichterstatter deutscher, französischer oder italienischer Sprache.» Das zu bekämpfen, habe ich etwas Mühe, obschon ich Kommissionspräsident bin. Es ist etwas klarer, als was die Kommission vorschlägt. Die Kommission will keine Sprache ausgrenzen. Wenn es nur die mündliche Berichterstattung, so wie wir es jetzt schon gewohnt sind, betrifft, kann man durchaus klar die Sprachen aufzählen.

M. Cevey, rapporteur: Je vous rappellerai tout d'abord que la proposition de la commission qui a élaboré le projet de règlement amendé prévoyait le rapport écrit, en soulignant que dans des cas exceptionnels on pouvait envisager que ce rapport soit complété verbalement. Mais nous précisons à l'époque que la commission désignait un rapporteur de langue allemande et un rapporteur de langue française. Fort judicieusement, le conseil a élargi cette notion en précisant que le rapporteur de langue française pouvait aussi se voir substituer un rapporteur de langue italienne, pour bien exprimer le caractère multiple de la minorité latine.

Maintenant, notre commission a en quelque sorte renversé le poids des dispositions principales et secondaires en disant que la commission rapportera par écrit ou oralement sur ses travaux. M. Cavadini, si nous l'avons bien compris, ne conteste pas ce premier principe.

Nous avons précisé ensuite: «La commission désigne un rapporteur et elle peut – c'est une faculté – désigner d'autres rapporteurs de langue différente». Notre collègue ne se satisfait pas de cette possibilité, il aimerait des assurances. Il nous propose donc de réintroduire la procédure du double rapport: l'un en langue allemande, l'autre en langue française ou italienne.

Notre commission, si elle a changé son fusil d'épaule, n'a pas le sentiment d'avoir rompu totalement avec le souci qu'elle avait manifesté du respect des minorités linguistiques. Devons-nous réellement avoir des craintes quant à la désignation systématique des rapporteurs en langue allemande? La commission ne partage pas cette crainte, tout en admettant qu'il y ait là un certain danger. Une fois de plus, ne devons-nous pas en appeler tout simplement à la sagesse de ceux qui, au Parlement, organiseront les commissions, de telle sorte qu'on évite cette prédominance excessive de la majorité linguistique au détriment des minorités?

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission .
Für den Antrag Cavadini

55 Stimmen
48 Stimmen

Abs. 2, 3 – Al. 2, 3
Angenommen – Adopté

Art. 23a Abs. 1

Antrag der Kommission

Festhalten am Entwurf vom 16. Mai 1991

Antrag Cavadini

Die Kommissionsberatungen werden ins Deutsche, Französische und Italienische übersetzt, es sei denn, sämtliche Kommissionsmitglieder gleicher Sprache verzichten auf die Uebersetzung.

Art. 23a al. 1

Proposition de la commission

Maintenir le projet du 16 mai 1991

Proposition Cavadini

Les délibérations des commissions sont traduites en allemand, en français et en italien, à moins que tous les commissaires de la même langue ne renoncent à l'interprétation.

M. Cavadini: Je présente une proposition de principe, en attirant votre attention sur le fait que la version française distribuée contient une erreur de traduction. En effet, il faut remplacer le dernier mot «interprétation» par «traduction».

C'è il principio della traduzione nelle diverse lingue a livello commissionale. Io ammetto che su questo principio si possa discutere. Se però il principio della traduzione vale per tutte le lingue ufficiali è chiaro che ci deve essere una parità di considerazione a livello delle diverse lingue presenti in Parlamento. Aggiungo che nelle commissioni spesso vi sono esperti, vi sono aspetti tecnici che sono anche difficili da seguire già nella propria lingua e immaginiamoci in un'altra!

Vorrei invitare i colleghi delle altre due lingue a porsi questo problema quando le lingue di minoranza devono seguire la lingua della maggioranza, magari per intere giornate su problemi complessi, su problemi difficili. C'è uno sforzo da parte degli altri di concentrazione non indifferente.

Tuttavia, per evitare degli sprechi inutili di mezzi e di forze, i servizi del Parlamento possono verificare se si vuole o no la traduzione.

C'est pour cette raison que j'ai modifié la proposition adoptée en juin, dans le sens que si l'on accepte le principe de la traduction, il doit être égal pour toutes les langues. En plus, les services du Parlement devront vérifier auprès des parlementaires des différentes langues s'ils souhaitent ou non bénéficier du travail du service de traduction, sans obliger une minorité à demander la traduction, ce qui la mettrait dans une position de revendication qui, du point de vue psychologique, n'est pas souhaitable.

En résumé, nous demandons une égalité entre les langues, à condition que les services du Parlement vérifient s'il y a nécessité ou désir, de la part d'un parlementaire de langue italienne ou autre, de posséder une traduction. Tel est l'objectif de cette proposition que je vous invite à accepter.

Hubacher, Berichterstatter: Herr Cavadini schlägt vor, dass nicht übersetzt wird, wenn kein Kommissionsmitglied es wünscht. Wir sind damit einverstanden.

M. Cevey, rapporteur: Vous l'avez sans doute tous compris, M. Cavadini souhaite que lorsqu'aucun groupe, dans sa totalité, ne demande la traduction, on puisse renoncer à celle-ci. Il n'y a vraiment pas de raison d'être plus royaliste que le roi, en l'occurrence; nous acceptons la proposition de M. Cavadini et vous demandons d'en faire de même.

Angenommen gemäss Antrag Cavadini
Adopté selon la proposition Cavadini

Art. 24 Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten am Entwurf vom 16. Mai 1991

Minderheit

(Rychen, Auer, Burckhardt, Fischer-Hägglingen, Mauch Rolf)
 Festhalten am Beschluss vom 19. Juni 1991

Art. 24 al. 2

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir le projet du 16 mai 1991

Minorité

(Rychen, Auer, Burckhardt, Fischer-Hägglingen, Mauch Rolf)
 Maintenir la décision du 19 juin 1991

Hubacher, Berichterstatter: Artikel 24 Absatz 2 betrifft öffentliche Hearings in Kommissionen.

Die Kommission hat Ihnen seinerzeit folgende Formulierung vorgeschlagen: «Kommissionen können beschliessen, die Anhörung von Interessenvertretern und Experten öffentlich durchzuführen.»

Wir haben hier im Plenum dann ein Patt gehabt (60 zu 60 Stimmen mit Stichentscheid gegen die Kommission), und die Kommission ist jetzt der Meinung, das sei so knapp gewesen, dass sie Ihnen durchaus Festhalten am ursprünglichen Antrag beantragen dürfe. Warum?

Es sind ja die Kommissionen selber, die in eigener Regie mit einem Mehrheitsbeschluss beschliessen müssen, ob sie, wenn sie Experten und Gutachter anhören, diese den Medienvertretern öffentlich zugänglich machen wollen oder nicht. Es ist also kein Passepartout, keine Automatik.

Sie haben vielleicht auch schon gesehen: Im Ausland geht man viel weiter. Da sind die delikatesten Einvernahmen öffentlich zugänglich. Ich denke an den berühmten Devisenhändler der ehemaligen DDR, Alexander Schalck-Golodkowski, der jetzt öffentlich zugänglich im Bundestag zwei Tage lang einvernommen wird. Im amerikanischen Parlament ist es sogar Sitte, dass sehr, sehr delikate Einvernahmen öffentlich sind.

Die Kommission meint, dass hier die Kommissionen die Möglichkeit haben sollten, Öffentlichkeit beschliessen zu können, wenn das vom Thema und von den Experten her gegeben ist. Wir hatten kürzlich in der Kommission Gesundheit und Umwelt verschiedene hochinteressante Experten zum Drogenproblem anzuhören. Ich könnte mir vorstellen, dass es auch für viele Medienvertreter und -vertreterinnen eine einmalige Gelegenheit wäre, solche Informationen von Fachleuten mit anhören zu dürfen. Wir sind ja oft nicht ganz zufrieden mit dem, was wir in den elektronischen oder gedruckten Medien hören oder lesen. Aber wir sollten nicht so verschlossen sein, dass wir jede Öffentlichkeit ausschliessen.

Die Kommissionsmehrheit kommt auf ihren Antrag zurück und bittet Sie, dem ursprünglichen Antrag zuzustimmen, eine Öffentlichkeit zumindest zu ermöglichen.

M. Cevey, rapporteur: Deux intérêts évidents se heurtent dans cet article. Vous l'avez compris, des auditions publiques peuvent peut-être nuire, au stade des questions à poser bien sûr, à une certaine indépendance d'esprit des commissaires qui auraient le souci de la répercussion publique de leurs interventions, même sous forme de questions. D'un autre côté, il est évident que certaines auditions d'experts ou de représentants d'intérêts – comme l'on dit – peuvent être suffisamment intéressantes pour mériter l'attention d'un large public. Bref, il fallait choisir. Le conseil, il y a trois mois, a décidé de biffer la proposition formulée par la majorité de la commission favorable aux auditions de représentants d'intérêts et d'experts, qui seraient déclarées publiques dans certains cas.

Avec la majorité de la commission, nous revenons à charge et vous proposons de maintenir la version originale que nous vous avons suggérée. La commission dans sa majorité vous propose de maintenir sa première version.

Rychen, Sprecher der Minderheit: Die Vertraulichkeit der Kommissionssitzungen ist hier im Rat und auch in der Kommission unbestritten. Sie ist deshalb sehr wichtig, weil es gerade in den Kommissionen möglich sein muss, über die Par-

teien hinweg Sachentscheide zu fällen, Lösungen zu suchen, die eben nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen und dadurch verpolitisiert werden.

Man wird einwenden, bei der Anhörung von Experten werde keine Politik gemacht. Trotzdem bin ich der Ueberzeugung, dass schon mit der Möglichkeit der öffentlichen Anhörung eine Aufweichung dieses wichtigen Prinzips der Vertraulichkeit in den Kommissionen stattfindet. Der Vergleich mit der öffentlichen Befragung in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland ist zum Teil nicht ganz erlaubt, weil es sich meistens – wenigstens in Deutschland – um Untersuchungsausschüsse handelt, die einen ganz bestimmten Vorgang untersuchen müssen. Bei uns reden wir von gesetzgebenden Kommissionen, die Anträge stellen. Deshalb ist die Kommissionsminderheit der Meinung, dass die Experten, die eingeladen werden, nicht mehr so frei seien, wenn sie wissen, dass von Anfang an die Öffentlichkeit dabei ist. Wenn ein Experte wirklich an die Öffentlichkeit gelangen will, wird ihm dies jederzeit via Publikationen oder Interviews ausserhalb der Kommission möglich sein. Ich glaube aber, dass viele Sachexperten in der Kommission Ausführungen machen und sich zu gewissen Sachinhalten in einer Art und Weise äussern, die sie dann nicht mehr machen, wenn die Sache öffentlich stattfindet.

Deshalb bin ich nach wie vor der Meinung, dass es besser wäre, auf die Möglichkeit einer öffentlichen Anhörung zu verzichten, und zwar ganz einfach deshalb, weil das wichtige Prinzip der Vertraulichkeit in den Kommissionen verlorengeht. Ich bitte Sie in diesem Sinne, am Minderheitsantrag festzuhalten, so wie Sie es das letzte Mal entschieden haben, und zwar mit Stichentscheid des Präsidenten. Ich hoffe, diesmal sei dieser Stichentscheid nicht mehr nötig und Sie folgen meinem Antrag.

Frau **Mauch Ursula**: Ich bitte Sie, sich der Mehrheit der Kommission anzuschliessen, und zwar aus zwei Gründen: Erstens hat die Kommission immer die Möglichkeit, Expertenhearings nicht öffentlich durchzuführen. Es ist also überhaupt kein Zwang.

Zweitens – das dürfte für Sie mindestens so wichtig sein –: Die Ständeratskommission hat beschlossen, diesen Passus in ihr Reglement aufzunehmen. Die Ständeratskommissionen werden also die Möglichkeit haben, Hearings öffentlich durchzuführen, und die Nationalratskommissionen nicht. Das wäre doch ein eigenartiger Zustand.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	51 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	48 Stimmen

Art. 35 Abs. 3

Antrag der Kommission

.... Priorität haben von Kommissionen vorberatene und von Kommissionen oder Kommissionsminderheiten eingereichte Vorstösse, sowie Vorstösse von Fraktionen. Von einzelnen Ratsmitgliedern

Art. 35 al. 3

Proposition de la commission

.... Les interventions qui ont été préalablement examinées par des commissions, celles qui ont été déposées par des commissions ou des minorités de commissions, ainsi que les interventions des groupes parlementaires sont traitées en priorité. Les interventions personnelles

Hubacher, Berichterstatter: Es gibt nur eine Ergänzung. Nach der alten Fassung sollten von Kommissionen vorberatene Vorstösse und Vorstösse von Fraktionen etwas privilegiert behandelt werden. Die Kommission schlägt Ihnen vor, dass von Kommissionen vorberatene und von Kommissionen oder Kommissionsminderheiten eingereichte Vorstösse sowie Vorstösse von Fraktionen Priorität haben sollen. Ich glaube, das ist eine sinnvolle Ergänzung. Wir bitten Sie zuzustimmen.

M. Cevey, rapporteur: Il s'agit d'un complément qui nous paraît souhaitable en ajoutant donc aux interventions qui ont été préalablement examinées par des commissions, celles qui ont été déposées par ces commissions ou des minorités de commission, ainsi que, bien entendu, les interventions des groupes parlementaires, tout cela devant être traité prioritairement. Nous vous demandons de vous rallier à cette nouvelle version qui, je crois, couvre tous les cas de figure qui peuvent se présenter.

Angenommen – Adopté

Art. 42a

Antrag der Kommission

Festhalten am Entwurf vom 16. Mai 1991

Proposition de la commission

Maintenir le projet du 16 mai 1991

Hubacher, Berichterstatter: Artikel 42a ist hier im Plenum mit 62 zu 61 Stimmen abgelehnt worden. Das heisst, der Antrag der Kommission ist mit dieser knappen Mehrheit abgelehnt worden. Deshalb erlaubt sich die Kommission eine Art Wiedererwägung. Wir haben dies sicher nicht in jenen Fällen getan, wo der Entscheid im Plenum eindeutig gewesen ist.

Es geht darum, dass hier Kommissionen eine Erklärung zu wichtigen Ereignissen oder Problemen der Aussen- oder Innenpolitik abgeben können. Es wäre einer weiteren Ueberlegung wert, dieses Instrument nicht von vornherein für Kommissionen auszuschliessen.

Wir bitten Sie in diesem Sinne, auf den Entscheid zurückzukommen und dem ursprünglichen Antrag zuzustimmen, der uns sinnvoll scheint.

M. Cevey, rapporteur: Si notre mémoire ne nous trahit pas, la décision prise par le plénum il y a quelques mois l'a été à une ou deux voix de majorité. C'est pourquoi notre commission se sent autorisée à revenir sur le sujet. Elle est en effet convaincue de l'opportunité de laisser à notre conseil, sur proposition d'une commission, la possibilité d'une déclaration sur d'importants événements ou problèmes concernant la politique extérieure ou intérieure. Nous insistons sur le fait qu'il n'y a pas là un danger réel d'alourdir les travaux parlementaires, puisque le Bureau pourra insérer la déclaration en question dans le programme de la session, selon l'importance du sujet, l'urgence de l'affaire. Il faut souligner que de tels objets, s'ils sont reconnus urgents par le Bureau, pourraient de toute manière l'être aussi sous forme d'interventions de caractère personnel assorties de la clause d'urgence.

Par ailleurs, le Conseil fédéral pouvant donner son avis, il n'y a pas risque de mélange des pouvoirs. Le Conseil peut enfin décider d'ouvrir un débat; celui-ci n'est pas automatiquement ouvert, il faut un vote pour en décider. Bref, nous vivons une époque si animée, sur le plan de la politique extérieure notamment, qu'une telle déclaration pouvant en quelque sorte constituer une prise de position n'engageant pas le gouvernement mais exprimant un sentiment populaire évident face à tel ou tel événement, s'impose.

C'est la raison pour laquelle nous vous demandons de revenir sur votre décision de la dernière session et d'accepter le principe de déclaration du Conseil national.

Angenommen – Adopté

Präsident: Ueber die nun bereinigte Fassung unseres Ratsreglements wird am Ende dieser Session eine Schlussabstimmung stattfinden.

C. Bundesbeschluss über die Delegation der Bundesversammlung beim Europarat

C. Arrêté fédéral concernant la délégation de l'Assemblée fédérale auprès du Conseil de l'Europe

Art. 1 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 1 al. 3*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Art. 2 Abs. 2***Antrag der Kommission*

Festhalten

Art. 2 al. 2*Proposition de la commission*

Maintenir

Hubacher, Berichterstatter: Es geht um die Amtsdauer der Mitglieder unserer Bundesversammlung im Europarat: Bis anhin betrug sie sechs Jahre und konnte in Ausnahmefällen – Praxis war ein oder zwei Jahre – verlängert werden. Wir haben beschlossen, keine Beschränkung der Amtsdauer mehr vorzusehen. Der Ständerat aber beantragt, es bei der bisherigen Regelung zu belassen.

Das ist uns in der Kommission nicht ganz verständlich. Es war die heutige Delegation im Europarat, die an unsere Kommission gelangt ist und darauf hingewiesen hat, dass die Beschränkung der Amtsdauer von sechs Jahren grosse Nachteile mit sich bringe, nämlich

1. Von etwa 30 Delegationen sei nur die schweizerische mit einer Beschränkung der Amtsdauer von sechs Jahren derart eingeengt.

2. Wichtige Präsidien von Kommissionen würden nach Anciennität vergeben, so dass unsere schweizerischen Vertreterinnen und Vertreter kaum je zum Zuge kommen könnten.

3. Ständerat Michel Flückiger, gegenwärtiger Delegationsleiter, äusserte sich schriftlich im folgenden Sinn: Wenn man die Geschäfte und die Praxis im Europarat eigentlich so richtig kennengelernt, sich eingearbeitet habe und drauskomme, müsse man wieder austreten, und es kämen neue Leute aus der Schweiz. Herr Leuba hat vorhin auch in seinem Antrag für den Europarat die Ausnahme akzeptiert.

Wir bitten Sie, hier festzuhalten. Es ist sinnvoll, die Beschränkung der Amtsdauer im Europarat fallenzulassen.

M. Cevey, rapporteur: Est-il sage que la Suisse soit, semble-t-il, le seul Etat, parmi tous ceux qui sont représentés à Strasbourg, dont la délégation soit limitée quant à la durée du mandat de ses membres? Nous ne le pensons pas. En effet, sans faire preuve d'une ambition qui aille au-delà de l'importance de notre pays – certes grande malgré la modestie de son territoire et de sa population – nous devons éviter de compromettre un «cursus honorum» facilité par la longue procédure qui devrait aboutir, une fois peut-être, à la désignation d'un membre de la délégation suisse à la présidence d'une commission importante de l'assemblée du Conseil de l'Europe, voire à la présidence de celui-ci.

C'est la raison pour laquelle nous pensons qu'au Conseil de l'Europe tout particulièrement nous devons veiller à ne pas limiter une telle durée.

Nous vous proposons donc de maintenir la décision que vous avez prise lors de notre dernière session.

*Angenommen – Adopté**An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

D. Bundesbeschluss über die Parlamentsdienste
D. Arrêté fédéral sur les services du Parlement

Art. 1 Abs. 1 Bst. cbis, Abs. 4; Art. 3 Abs. 1 Bst. c, Abs. 2, 4; 2. Abschnitt Titel; Art. 7 Titel, Abs. 1; Art. 8 Titel, Abs. 1 Bst. a, c, Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 1 al. 1 let. cbis, al. 4; art. 3 al. 1 let. c, al. 2, 4; section 2 titre; art. 7 titre, al. 1; art. 8 titre, al. 1 let. a, c, al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

E. Bundesgesetz über die Bezüge der Mitglieder der eidgenössischen Räte und über Beiträge an die Fraktionen
E. Loi fédérale sur les indemnités dues aux membres des conseils législatifs et sur les contributions aux groupes

Art. 1 Abs. 2; Art. 2 Abs. 2; Art. 7, 9; Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 1 al. 2; art. 2 al. 2; art. 7, 9; ch. II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

F. Bundesbeschluss zum Entschädigungsgesetz
F. Arrêté fédéral relatif à la loi sur les indemnités parlementaires

Art. 6 Abs. 1; Art. 7

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 6 al. 1; art. 7

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

G. Bundesgesetz über die Beiträge an die Infrastrukturkosten der Fraktionen und der Mitglieder der eidgenössischen Räte
(Infrastrukturgesetz)

G. Loi fédérale sur les contributions destinées à couvrir les coûts d'infrastructure des groupes et des députés (Loi sur les coûts d'infrastructure)

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Stucky

Streichen

Art. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Stucky

Biffer

Stucky: Es sind drei Ueberlegungen, die mich dazu führen, die Entschädigung, ja überhaupt die Institution von Mitarbeitern für die Unterstützung in wissenschaftlichen und administrativen Belangen – vom Ständerat erweitert um Aufträge an Dritte –, abzulehnen: Erstens unsere Finanzlage, zweitens die

Ueberschneidung zwischen dieser Entschädigung für einen Mitarbeiter und der Entschädigung für die Infrastruktur, und drittens der damit verbundene administrative Aufwand. Ich will das näher erläutern.

Zum ersten Punkt: In nächster Zeit werden wir über ein nachhaltiges Sparprogramm in diesem Rat beraten müssen. Wir werden dann vielleicht nicht gerade jeden Franken, aber jede 1000 Franken umdrehen müssen, und wir werden unseren Bürgern Nachteile zumuten müssen, die ans Portemonnaie gehen. Wir tun also gut daran, mit Rücksicht auf unsere Bevölkerung und unser Land in unserem ureigensten Bereich Mass zu halten.

Ginge es nach den bereits gefassten Beschlüssen des Nationalrates, würde die Reform die Kosten für das Parlament von zurzeit 18 Millionen auf 43 Millionen Franken erhöhen, die Kosten im Zusammenhang mit den Spesen (Hotel usw.) oder den Sozialversicherungen für diese Mitarbeiter nicht mitgerechnet. Das ergibt eine Steigerung von 125 Prozent. Anders ausgedrückt: Heute kostet jeder Parlamentarier, Ständeräte eingerechnet, 73 000 Franken, in Zukunft 175 000 Franken plus Spesen, sprich Grössenordnung etwa 200 000 Franken. Mit der Streichung der 40 000 Franken, die für diesen Mitarbeiter jedes Parlamentsmitgliedes aufgewendet werden müssen – zusätzlich Sozialabgaben von 10 000 Franken, die damit verbunden sind –, könnten wir etwa 12 Millionen Franken sparen. Wir kämen immer noch auf eine Steigerung von 75 Prozent gegenüber den heute geltenden Verhältnissen.

Zum zweiten Punkt: Wir haben eine Ueberlagerung zwischen den Artikeln 2 und 3 in unserem Gesetz, zwischen der Entschädigung für einen Mitarbeiter und der sogenannten Infrastrukturentschädigung – heute heisst sie Inkonvenienzenentschädigung. Wir beziehen heute 12 000 Franken, sollen in Zukunft 24 000 Franken erhalten; also eine Aufstockung von 100 Prozent.

Es wird ausgeführt, diese Entschädigung sei Ersatz für Telefon-, Telefax-, Bürokosten usw. Ich habe bei mir selber nachgesehen und durchgerechnet – ich habe keine eigene Sekretärin, sondern entschädige eine Dame in einem Rechtsanwaltsbüro, bei dem ich mich als Aussenstehender anschliessen konnte –: Ich selbst komme auf höchstens 3000 Franken für Telefon und Telefax; rechne ich 3000 Franken für das Büro dazu, macht das 6000 Franken. Es bleiben in Zukunft also noch 18 000 Franken, die ich für diese Sekretärin bezahlen kann, mit anderen Worten die Bezahlung für zwei Arbeitstage. Das sollte doch eigentlich genügen! Für was dann noch einmal einen Betrag bis zu 40 000 Franken? Eine Ueberschneidung ist offensichtlich.

Begründet wurde der Mitarbeiter in einer ersten Phase als wissenschaftliche Hilfe. Herr Schmidhalter und andere haben bei der Diskussion im Juni mit Recht darauf hingewiesen, dass man in gewissen Gegenden gar keinen wissenschaftlichen Mitarbeiter finden kann, dass 40 000 Franken auch nicht genügen würden. In einer zweiten Phase wurde erklärt, dass man für das Gehalt einer Sekretärin aufstocken müsse. Ich habe vorhin erklärt: Die Sekretärin bezahlen wir aus der Infrastrukturzulage. In einer dritten Phase kommt der Ständerat und erweitert die Klausel dahingehend, dass man Aufträge an Dritte erteilen kann. Was heisst das? Das heisst unter anderem, dass ich in Zukunft ein PR-Büro beauftragen kann, entsprechende Reklame für mich zu machen respektive im Wahlkampf entsprechende Artikel zu schreiben oder Propaganda zu treiben – Sie sehen, wie hier die Schleuse geöffnet wird. Wer soll das kontrollieren?

Und damit komme ich zum dritten Punkt, zum administrativen Aufwand: Erstens müssen die Arbeitsverhältnisse mit den vorgesehenen Mitarbeitern vom Bund gemacht werden; sie müssen kontrolliert, die Sozialversicherungen abgerechnet werden. Das ist ein enormer Aufwand. Ich komme zurück auf das vorher Gesagte: Wie wollen Sie dann einmal prüfen, wer wem welche Aufträge gibt und was zulässig ist und was nicht? Zweitens fürchte ich noch eine andere Auswirkung: dass wir unsere Parlamentsdienste enorm überbelasten. Was machen die wissenschaftlichen Mitarbeiter? Sie sind klug und geschickt genug, sie telefonieren einfach an die Parlamentsdienste in Bern und sagen: Geben Sie mir die und die Unterlage,

beschaffen Sie mir die und die Daten. Damit kommen in erster Linie unsere Parlamentsdienste zu vermehrter Arbeit. Das Resultat wird sein, dass wir noch mehr Vorstösse haben als jetzt, dass wir noch mehr abgelesene Reden in diesem Rat vernehmen, kurz: dass man in einen Aktivismus verfällt, dem wir mit dieser Parlamentsreform gerade nicht Vorschub leisten sollten.

Deshalb bitte ich Sie, Artikel 2 im Infrastrukturgesetz zu streichen, mit der Konsequenz, diese Streichung auch im folgenden Bundesbeschluss zum Infrastrukturgesetz, Artikel 3, vorzunehmen.

Frau Grendelmeier: Wir haben beschlossen, dass wir kein Berufsparlament werden wollen. Wir haben aber beschlossen, dass wir unser Parlament professionalisieren wollen, damit wir endlich so arbeiten können, dass wir der heutigen Herausforderung standhalten können und nicht weiterhin glauben, die Arbeit in diesem Parlament könne man sozusagen als Feierabendjob nebenher machen. Das ist eine beschlossene Sache, das haben Sie alle beschlossen! Dass eine solche Reform nicht kostenneutral sein kann, war uns in der Kommission von Anfang an klar; das soll sie auch gar nicht.

Es ist seltsam: Sowohl im Ständerat wie hier drinnen sind es ausgerechnet jene Leute, die sich für das alte System – also für das bisherige reine Milizsystem – stark machen, die selber ausgesprochene und hartgesottene Berufsparlamentarier waren. Herr Stucky, Sie waren Regierungsrat und waren nebenher im Nationalrat; Sie haben als Regierungsrat eine Infrastruktur gehabt! Sie haben hauptberuflich politisiert. Es ist wirklich seltsam, dass sich ausgerechnet diese Leute für das gute alte Milizsystem stark machen; sie selber haben ja alles gehabt, was sie brauchten.

Die Entschädigung sowohl für Infrastrukturhilfe wie für den Mitarbeiter ist nicht eine doppelte Entschädigung, denn wenn Sie, Herr Stucky, einen persönlichen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin engagieren können, dann hat das unter anderem zur Folge, dass Sie z. B. ein Büro mieten müssen; wenn Sie sich natürlich einem Anwaltsbüro anhängen können – wunderbar für Sie. Aber gehen Sie einmal von normalen Leuten aus, die weder Regierungsrat waren noch sich so bequem irgendwo anhängen können. Gehen Sie doch auch mal von den Frauen aus, die meistens gar nichts haben, auch kein Büro, sondern erst eines ausserhalb des Hauses mieten müssen; für solche Leute ist diese Hilfe eigentlich gedacht.

Zudem möchte ich noch folgendes sagen: Wir haben beschlossen, dass Fraktionslose – wie es der Name schon sagt – kein Fraktionsgeld bekommen, weil sie eben keine Fraktion bilden. Trotzdem bin ich persönlich der Meinung, dass auch Fraktionslose, Leute, die hier nicht in Fraktionsstärke vertreten sind, vom Volk gewählt sind und nicht dafür bestraft werden dürfen, dass sie keine Fraktionsstärke erreicht haben. Mit diesen Infrastrukturkosten und mit dem persönlichen Mitarbeiter könnte man diese erhebliche Ungerechtigkeit ein bisschen ausgleichen.

Ich bitte Sie also: Stimmen Sie der Mehrheit zu, und lehnen Sie vor allem den Antrag Stucky ab; mit ihm hat ein reiner Berufsparlamentarier gesprochen.

Fierz: Ich möchte aus der Sicht eines Selbständigerwerbenden noch ein Wort zu den Infrastrukturkosten sagen; Herr Kuhn oder andere werden wohl ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Wenn Sie eine Arztpraxis oder irgendein Büro betreiben, dann haben Sie pro Jahr Fixkosten, die heute auch bei sparsamster Einrichtung über 100 000 Franken pro Jahr ausmachen. Ich selber kann, wenn ich hier im Parlament bin, nicht einfach meine Praxis schliessen; meine Mitarbeiterin muss weiter im Büro sein, damit sie das Telefon bedient.

Wenn man jetzt diese Infrastrukturkosten rechnet und das betriebswirtschaftlich einmal durchgeht, unsere heutigen Entschädigungen ansieht, die Mandatssteuern, die Auslagen, die man noch für Vereine und anderes hat, dann kommt es für den Selbständigerwerbenden heute darauf heraus, dass seine parlamentarische Tätigkeit ein unbezahlter Urlaub ist; nichts weniger als das. Das kann sich in der Stellung des Selbständigerwerbenden nur jemand leisten, der über einen gewissen

finanziellen Background verfügt – etwa so, wie man sich eine Yacht leistet.

Ich frage mich nun, ob das wirklich die Meinung ist, ob das die Meinung unserer Wähler ist. Es sollte auch für Leute ohne einen solchen Background möglich sein, ein solches Mandat auszuüben, selbst wenn sie in einer selbständigerwerbenden Stellung sind. Dazu müssen wir diese Ansätze etwas anheben und können den Vorstellungen von Herrn Stucky nicht folgen. Ich bitte Sie, seinen Antrag abzulehnen.

Dreher: Für einmal bin ich auch ganz und gar nicht auf der Linie des verehrten Kollegen Stucky. Einer der Vorschläge, welcher mir bei dieser Parlamentsreform besonders gut gefallen hat, war diese Möglichkeit, einen persönlichen Sachbearbeiter anzustellen. Das bringt doch effektiv eine Entlastung! Wenn ich mir vorstelle – und ich sage das immerhin als Jurist –, dass ich in der 4 Meter langen Systematischen Sammlung des Bundesrechts oder in der noch unübersichtlicheren Amtlichen Sammlung der eidgenössischen Gesetze einen Erlass herauszusuchen habe, dann ist das oft eine Tätigkeit von einer halben bis einer Stunde. Mit der Möglichkeit, das Ordnen der Akten, das kompetente Telefonieren mit Stellen der Bundesverwaltung einem Mitarbeiter zu überlassen, haben wir effektiv etwas geschaffen, was bei einer qualifizierten Tätigkeit, welche ja ein Nationalratsmandat sein soll, etwas bringt. Ich verstehe ihre Sparsamkeit in diesem Punkt wirklich nicht, Herr Kollege Stucky!

Hubacher, Berichterstatter: Herr Stucky hat als schlauer und erfahrener Politiker wieder ein Thema aufgeworfen, das im Prinzip gar keines mehr ist. Es besteht zwischen dem National- und Ständerat im Prinzip keine Differenz. Der Ständerat hat der Beschäftigung persönlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zugestimmt. Er hat eine etwas andere Formulierung vorgeschlagen, die wir in der Kommission nicht besser finden; aber weil wir finden, es sollten nicht unnötig Differenzen bestehenbleiben, können wir auch mit der Formulierung des Ständerates leben. Aber das Prinzip ist vom Ständerat – das möchte ich doch betonen! – nicht bestritten worden.

Herr Stucky, wir haben hier im Juni diesem Prinzip mit 97 zu 35 Stimmen zugestimmt. Wir sollten, wenn wir effizient arbeiten wollen, nicht auf Beschlüsse zurückkommen, die klare, sehr klare Mehrheiten auf sich vereint haben. Wir kommen nachher zur Frage der Höhe der Entschädigung. Da besteht zwischen den beiden Räten nun eine Differenz.

Vielleicht noch eine Bemerkung: Es ist lehrreich, Herrn Stucky zuzuhören. Ich habe mit grossem Erstaunen jetzt zur Kenntnis genommen, dass Herr Stucky für Büromiete im Kanton Zug 3000 Franken einsetzt – nicht etwa im Monat, sondern im Jahr! Das sind paradisische Zustände, die ich Ihnen leider von Basel-Stadt nicht bestätigen kann. Ich weiss nicht, wo man in der Schweiz – ausser in Zug – für 3000 Franken pro Jahr noch ein Büro, einen Arbeitsplatz mieten kann, der diesen Namen dann auch verdienen würde.

Herr Stucky, Ihr Antrag, Artikel 2 zu streichen und die persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Spiel zu nehmen, ist abzulehnen. Er ist eigentlich ohnehin fast unzulässig, weil hier keine Differenz besteht.

Ich bitte den Rat, den Entscheid, wie wir ihn früher getroffen haben, zu bestätigen.

M. Cevy, rapporteur: Il ne faut pas oublier que notre Chambre a admis, comme l'a fait ensuite le Conseil des Etats, le principe même de l'indemnisation pour l'engagement de collaborateurs personnels, et cela à une majorité très nette, soit 97 voix contre 35. C'est au moment de la détermination du montant à affecter à un tel engagement que les voix se sont partagées d'une manière quasi égale, puisque 67 d'entre nous ont voté pour 40 000 francs alors que 66 se prononçaient en faveur de 60 000 francs. Vous avez admis le principe à une très forte majorité, je le répète. Le Conseil des Etats, qui a choisi un autre montant, a aussi admis ce principe.

Il y a sans doute ici une question d'appréciation. Je ne pense pas en effet que les tarifs en matière de location de bureaux que M. Stucky a cités pour son très beau canton de Zoug puis-

sent s'appliquer dans l'ensemble de la Suisse. En tout cas, ces tarifs, valables au bord du lac de Zoug, ne seraient pas applicables au bord du lac Léman, je vous en donne ma parole. Mais laissons cette querelle d'épiciers, ou d'agents immobiliers, pour en venir au principe. Nous avons dit tout au début de notre étude, que nous ne voulions pas d'un parlement de professionnels. Je crois très sincèrement que ce point de vue, contrairement à ce qu'on a prétendu dans certains médias, à la radio ou à la télévision, l'a emporté dans notre Chambre; les dispositions que nous avons prises lors de notre première délibération ne conduisent pas au professionnalisme du Parlement. En revanche, nous avons admis que des conditions matérielles améliorées étaient nécessaires pour que ce Parlement puisse travailler en s'éloignant d'un certain amateurisme certainement pas favorable à l'expédition des affaires de l'Etat. Mais cela est bien différent du choix d'un Parlement de professionnels que d'aucuns auraient voulu nous imposer.

Partant de là et parlant des moyens susceptibles de nous permettre d'améliorer notre travail et de ne pas faire de l'amateurisme, sans être pour autant un Parlement professionnel, il fallait bien songer à définir ces moyens. Et l'engagement, à temps partiel sans doute, d'un collaborateur, ou d'une collaboratrice, administratif, scientifique, ou autre, fait partie de ces moyens. C'est la raison pour laquelle nous devons nous en tenir au principe largement admis par notre Chambre.

Je vous recommande de rejeter la proposition de M. Stucky.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	83 Stimmen
Für den Antrag Stucky	39 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

H. Bundesbeschluss zum Infrastrukturgesetz

H. Arrêté fédéral relatif à la loi sur les coûts d'infrastructure

Art. 2

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

.... maximal 40 000 Franken pro Jahr.

Minderheit

(Mauch Rolf)

.... maximal 30 000 Franken pro Jahr.

Abs. 1 bis, 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Eventualantrag Stucky

(falls Artikel 2 im Entwurf G nicht gestrichen wird)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 2

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

.... est de 40 000 francs

Minorité

(Mauch Rolf)

.... est de 30 000 francs

Al. 1 bis, 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition subsidiaire Stucky

(au cas où l'article 2 du projet G ne serait pas biffé)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Mauch Rolf, Sprecher der Minderheit: Ausnahmsweise sehe ich mich als kleine Minderheit in einer – euphemistisch ausgedrückt – quantitativ nicht grossartig besetzten Kommission gezwungen, einen Vermittlungsantrag zwischen der Kommission des Nationalrates und dem Ständerat zu stellen, als Zeichen gegenseitigen Entgegenkommens und Verständnisses für die besondere Situation.

Ich weiss die edle und ehrwürdige Haltung des Ständerates zu schätzen, bei dem in der Debatte über dieses Thema des öfteren unsere Arbeit als *nobile officium* charakterisiert wurde.

Bei der Diskussion über die Neat war das zwar nicht immer deckungsgleich so. Aber dort sind wir ein bisschen abgeschweift auf Bahnhofbuffets und Bahnhofperrons. Das kann es auch einmal geben.

Demgegenüber strebe ich eine tragbare Lösung an für diejenigen Ratsmitglieder, die eine Entschädigung unter diesem Titel brauchen, nämlich: für Familienbetriebe, für Einmannbetriebe oder andere Kleinstbetriebe von Selbständigerwerbenden – Herr Fierz hat darüber bereits gesprochen –, und auch für die öffentlich Bediensteten, denen der Staat keine eigene Hilfskraft zur Verfügung stellt.

Ich muss in diesem Zusammenhang unterstreichen, dass gemäss Bundesverfassung allgemeines passives Wahlrecht besteht und dass gemäss Lehrbuch Fleiner/Giacometti das allgemeine passive Wahlrecht auch voraussetzt, dass für alle die Möglichkeit besteht, dieses auszuüben. Es geht mir unter diesem Titel nicht um soziologische, juristische oder andere Studien und politische Aufträge, sondern ganz einfach um eine administrative Hilfestellung oder einen Sachbearbeiter – wie Herr Dreher gesagt hat – oder wie Sie das im Einzelfall dem konkreten Bedürfnis entsprechend nennen wollen.

Meine Politik mache ich mir schon selber. Aber jeder von Ihnen kennt den heutigen Anfall an administrativen Büroarbeiten nicht schöpferischer, nicht produktiver Art. Ich sage es abschliessend mit den Worten von Ständerat Rhinow in der Debatte der anderen Kammer: Der Souverän des Kantons Basel-Landschaft habe ihn wahrscheinlich kaum deshalb nach Bern gewählt, damit er sich hier zu 80 Prozent mit Umschläge-Aufmachen, sehen, was sich darin befindet, Akten-Ablegen usw. beschäftigt. Das ist doch der heutige Zustand.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, dem Vermittlungsantrag – ich bin sonst keine Krämeratur – zwischen Ständerat und Nationalratskommission zuzustimmen, nämlich den 30 000 Franken.

M. Rebeaud: A cet article, je vous prie de soutenir la majorité de votre commission.

Le principe de l'assistant personnel est une des propositions centrales de la réforme. Cela a été dit au préalable, avant que nous confirmions ce principe. Faisons donc les choses sérieusement! M. Mauch nous propose un compromis. Au nom de la majorité de la commission, je vous demande de considérer que nous avons déjà fait des compromis, et à deux reprises même. Nous en avons fait un avec une minorité de ce conseil au moment où nous avons accepté, en première lecture, de passer de 60 000 à 40 000 francs, ce dernier montant étant considéré comme minimal. Nous en avons fait un autre avec le Conseil des Etats, en acceptant de renoncer à l'indemnité de réinsertion. Nous avons abandonné cette indemnité afin de nous concentrer sur l'essentiel, c'est-à-dire un crédit suffisant permettant à l'assistant personnel de travailler dans des conditions normales.

Je voudrais reprendre la citation de M. Reymond, du Conseil des Etats, et je serais heureux que les députés suisses allemands l'écoutent. En effet, étant donné qu'elle a été prononcée en français dans la Chambre des cantons, elle a recueilli peu d'écho. M. Reymond s'est prononcé contre le principe de l'assistant personnel, un peu pour les mêmes raisons qu'évoquait tout à l'heure M. Stucky. Il a été battu et il a été amené ensuite à se prononcer sur une proposition de ramener l'indemnité à 20 000 francs. Voici les propos de M. Reymond, repris du procès-verbal: «A partir du moment où le principe du collaborateur personnel est admis, proposer 20 000 francs au maximum par député est insuffisant. Pour un collaborateur personnel, 20 000 francs représentent 1700 francs par mois,

sans compter le treizième. C'est se moquer des gens! Ou l'on admet le principe et on le paie, ou on le rejette». Le principe a été admis au Conseil des Etats, il a été admis ici aujourd'hui même et confirmé par le Conseil national. Il faut donc le payer correctement, c'est-à-dire au minimum 40 000 francs.

J'espère que cette alliance entre un libéral vaudois et un écologiste genevois suffira à vous convaincre qu'il y a quand même du bon sens là-dessous.

Stucky: Mein Antrag, der noch eventual war, jetzt aber zum Antrag wird, lautet, dem Ständerat zuzustimmen, d. h. mit anderen Worten, unter diesem Titel maximal 20 000 Franken pro Mitglied auszugeben, plus Sozialversicherung, die der Bund zu bezahlen hat.

Wenn Sie meinem Antrag folgen, dann würde das für den Bund eine Minderung der Ausgaben um 6 Millionen Franken bedeuten. Das ist immerhin eine Summe, über die es sich zu sprechen lohnt. Ich habe vorhin ausgeführt: Ich warne davor, das Fuder zu überladen, vor allem im Hinblick auf das kommende Sparprogramm. Ich will mich nicht wiederholen. Aber dieser Punkt spielt eben eine Rolle.

Es kommen noch zwei zusätzliche Punkte. Wenn wir uns dem Ständerat anschliessen, haben wir meines Erachtens keine Differenz mehr. Der Ständerat hat mit aller Deutlichkeit – mit 21 zu 5 Stimmen – die 20 000 Franken beschlossen. Das sollten wir auch in Rechnung stellen.

Ich habe vorhin ausgeführt, dass man die Kosten für den Mitarbeiter und die Infrastrukturentscheidung zusammen sehen müsse. In diesem Zusammenhang möchte ich noch unseren verehrten Sprecher französischer Zunge korrigieren. Ich habe nicht gesagt, dass man im Kanton Zug oder am Zugersee ein Büro für 3000 Franken mieten könne, sondern deutlich genug gesagt, ich hätte die Kosten für mich berechnet. Ich miete nämlich kein fremdes Büro, sondern habe einfach den Anteil an der Wohnung gerechnet. Im übrigen haben die allermeisten hier im Saale entweder beruflich ein Büro oder benützen einen Raum in ihrer Wohnung. Vermutlich sind die wenigsten gezwungen, ein fremdes Büro zu mieten. Das muss man auch sehen.

Hubacher, Berichterstatter: Wir haben im Juni abgestimmt über die Frage 60 000 oder 40 000 Franken und uns mit 67 zu 66 Stimmen für 40 000 Franken entschieden, also ganz knapp. Unter 40 000 Franken lag kein Antrag vor, so dass Ihnen die Kommission übereinstimmend – mit Ausnahme von Herrn Rolf Mauch – Festhalten am Betrag 40 000 Franken beantragt. Ich will nicht wiederholen, was schon gesagt worden ist. Wenn wir den persönlichen Mitarbeiter oder die persönliche Mitarbeiterin als wichtig erachten – und es gibt Gründe, das zu tun –, sind 20 000 Franken eindeutig zu wenig und 40 000 Franken nicht übertrieben. Deshalb meinen wir, die Bemerkung, wie sie im Ständerat gemacht worden ist – Wir wollen ein Milizparlament bleiben, aber wir brauchen professionelle Strukturen dazu –, sei richtig und trafe ins Schwarze. Ich bitte Sie im Namen der Kommission, am Betrag 40 000 Franken festzuhalten.

M. Cevey, rapporteur: Je n'aurai pas le privilège d'engager un collaborateur ou une collaboratrice, ou de confier des mandats, puisque je termine le mien à la fin de la présente législature. Permettez-moi cependant d'exprimer une conviction profonde et ferme: cette faculté que notre commission souhaite accorder aux membres de notre Parlement me semble particulièrement opportune, dans la perspective déjà rappelée tout à l'heure d'améliorer la qualité de notre travail parlementaire, tout en évitant le piège du professionnalisme. Nous avons admis ce principe, mais, de grâce, ne tombons pas dans la mesquinerie, voire dans un certain masochisme! Vous savez bien que 20 000 francs ne sauraient suffire à atteindre l'objectif que vous avez admis. M. Reymond – on l'a cité – au Conseil des Etats, soulignait avec raison que 20 000 francs de toute façon seraient dérisoires, insuffisants. La seule différence, c'est qu'il était opposé au principe même de l'engagement de collaborateurs ou de collaboratrices personnels.

Comme l'a relevé l'un des préopinants, l'effort de compression que nous devons faire a déjà été fait. Il était sage, certes, de réduire la proposition de la commission de 60 000 francs à 40 000 francs sur ce point; aller plus bas ne ferait décidément pas très sérieux.

C'est la raison pour laquelle, encore une fois avec le souci d'éviter de tomber dans le piège du professionnalisme, mais avec le souci primordial d'améliorer non seulement nos conditions de travail mais la qualité même du travail parlementaire, nous vous demandons instamment de vous en tenir à la proposition de la majorité de la commission, de rejeter celle de M. Mauch, et d'accepter les 40 000 francs.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Minderheit	70 Stimmen
Für den Antrag Stucky	56 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit	71 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	70 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

91.3035

Motion der Kommission für auswärtige Angelegenheiten Aussenpolitisches Konzept der Schweiz

Motion de la commission des affaires étrangères Conception de la politique étrangère de la Suisse

Wortlaut der Motion vom 29. Januar 1991

Der aussenpolitische Wandel der jüngsten Zeit führt zu komplexen Problemen, die auch unser Land herausfordern. Es entstehen politische, wirtschaftliche, ökologische, demographische, militärische und soziale Risiken, die ein entsprechendes aussenpolitisches Konzept verlangen. Es sind dabei die zukünftigen Beziehungen der Schweiz zum Ausland zu definieren. Im besonderen ist eine verstärkte Mitwirkung der Schweiz bei der Gestaltung Europas notwendig. Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament folgende Vorlagen zu unterbreiten:

1. Botschaft für eine neue verfassungsmässige Abstützung der schweizerischen Aussenpolitik (Neufassung von Artikel 8 und Artikel 102, Ziffer 8 und 9, Beziehungen zum Ausland mit Schwergewicht Europa, Kompetenzausscheidung zwischen Bundesrat und Parlament).

2. Bericht für eine zukünftige Aussenpolitik (ausserpolitisches Konzept).

Texte de la motion du 29 janvier 1991

Les changements intervenus récemment en politique étrangère soulèvent des problèmes complexes auxquels notre pays est aussi confronté. Il en résulte des risques d'ordre politique, économique, écologique, démographique, militaire et social qui appellent un concept de politique étrangère approprié. Il y a lieu de définir les relations futures de la Suisse avec l'étranger. En particulier, une coopération renforcée de la Suisse à la construction de l'Europe s'impose.

Le Conseil fédéral est invité à présenter les documents suivants:

1. Un message pour un renforcement constitutionnel de la politique étrangère (Nouvelle version de l'article 9 et de l'article 102, chiffres 8 et 9 cst, relations avec l'étranger – point fort l'Europe; délimitation des compétences entre le Conseil fédéral et le Parlement).

2. Un rapport relatif à une future politique étrangère (concept de politique étrangère).

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 8. Mai 1991

1. Die Motion verlangt zum einen vom Bundesrat eine Botschaft für eine neue verfassungsmässige Abstützung der schweizerischen Aussenpolitik, insbesondere hinsichtlich der Kompetenzausscheidung zwischen Bundesrat und Parlament. Wie in anderen Bereichen der Staatsleitung legt die Bundesverfassung die Wahrnehmung der auswärtigen Angelegenheiten sowohl in die Hände des Bundesrates als auch der Bundesversammlung. Regierung und Parlament stehen auch hier in fortdauernder Kooperation, in ständiger Durchdringung und gegenseitiger Abhängigkeit. Dabei wirkt jedes Verfassungsorgan gemäss seiner spezifischen Funktion und Eignung am aussenpolitischen Prozess mit. Der Bundesrat vertritt die Eidgenossenschaft gegenüber dem Ausland, nimmt die völkerrechtlich verbindlichen Handlungen vor und wahrt die aussenpolitischen Interessen der Schweiz insgesamt (Art. 102 Ziff. 8 der Bundesverfassung). Die Bundesversammlung verfügt dank ihrer Zuständigkeit zu Massnahmen für die äussere Sicherheit und Behauptung der Unabhängigkeit (Art. 85 Ziff. 6 der Bundesverfassung), dank ihrem Genehmigungsrecht beim Abschluss von Staatsverträgen (Art. 85 Ziff. 5 der Bundesverfassung) sowie dank ihrer umfassenden Gesetzgebungs-, Finanz- und Kontrollbefugnisse über wirksame Mittel zur Mitwirkung im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten. Die Bundesversammlung wird vor allem bei der Bezeichnung der wesentlichen Ziele und Mittel der Aussenpolitik sowie bei aussenpolitischen Grundsatzfragen und weittragenden Entscheidungen umfassend in die Willensbildung einbezogen.

Wie der Bundesrat bereits in seiner Antwort auf die Motion Portmann vom 7. Februar 1990 über die Mitwirkung der Gewalten bei der Sicherheits- und Staatsvertragspolitik der Schweiz feststellt, hat sich diese verfassungsrechtliche Zuweisung der Zuständigkeiten der Bundesorgane im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten bewährt und wurde daher auch von der Expertenkommission für die Vorbereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung übernommen. Insbesondere hat die Praxis der vergangenen Jahre gezeigt, dass die geltende Verfassungsordnung der Bundesversammlung ausreichend Raum zur wirkungsvollen Einflussnahme auf die Aussenpolitik gewährt. Das Parlament hat zum Beispiel durch das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976, die Diskussion und Bewilligung der periodischen Rahmenkredite sowie die Wahrnehmung seines Oberaufsichtsrechts die schweizerische Entwicklungshilfe massgeblich geprägt. Eine ähnliche Einflussnahme wird die Bundesversammlung im Bereich der Zusammenarbeit mit Ost- und Mitteleuropa ausüben. Auch bei der Gestaltung des Verhältnisses der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft und den Verhandlungen über einen Europäischen Wirtschaftsraum hat der Bundesrat die Bundesversammlung und ihre aussenpolitischen Kommissionen regelmässig informiert und die kooperative Zusammenarbeit gesucht.

Es ist jedoch nicht auszuschliessen, dass im Hinblick auf die Parlamentsreform oder die Entwicklung unserer Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft neue Formen der parlamentarischen Beteiligung oder Kontrolle im Bereich der Aussenpo-

Parlamentarische Initiative (Petitpierre) Parlamentsreform

Initiative parlementaire (Petitpierre) Réforme du Parlement

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.228
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.09.1991 - 14:30
Date	
Data	
Seite	1597-1610
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 319

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.